



## Antrag

der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN

**Manche Integrations-Betriebe können keinen Mindest-Lohn bezahlen: In Integrations-Betrieben soll es keine Kündigungen geben. Egal, ob die Integrations-Betriebe einen Mindest-Lohn bezahlen können oder nicht.**

Worum geht es?

Ab 1. Januar 2015 gibt es einen Mindest-Lohn. Mindest-Lohn bedeutet: Alle Menschen bekommen für eine Stunde Arbeit 8,50 Euro oder mehr.

Viele Integrations-Betriebe können das nicht bezahlen. Das bedeutet: Die Integrations-Betriebe müssen Menschen kündigen. Das wollen wir nicht.

Wir wollen:

1. Für Integrations-Betriebe soll es eine Ausnahme vom Mindest-Lohn geben: Sie müssen den Mindest-Lohn nicht bezahlen. Dafür soll die Landes-Regierung im Bundes-Rat kämpfen. Sie soll das mit einer Bundes-Rats-Initiative machen.

2. Die Landesregierung soll überlegen: Was kann man sonst noch tun? Wie kann das Problem noch gelöst werden? Im Dezember 2014 trifft sich der Land-Tag. Dann will der Land-Tag die Ideen hören.

Heike Franzen  
und Fraktion

Dr. Heiner Garg  
und Fraktion

Wolfgang Dudda  
und Fraktion